



# LANDTAGSPOST

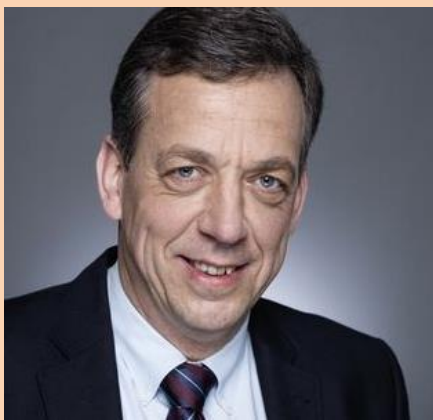
HELMUT DAMMANN-TAMKE

KAI SEEFRIED

Mitglieder der CDU-Landtagsfraktion

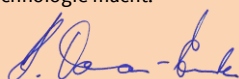
Ausgabe Januar 2020

## EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

die Digitalisierung und die Leistungsfähigkeit unser Smartphones haben gesellschaftspolitische Meinungsbildungsprozesse in einer Art und Weise verändert, die es für eine Politik mit Weitsicht und unter Abwägung des für und wider immer schwieriger macht. Gleichzeitig wird populistischen Kräften „das Geschäft“ erleichtert. Was meine ich konkret: In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag hat der Koalitionsausschuss 1 Mrd. € zur Unterstützung der Landwirtschaft zur Bewältigung der zukünftigen Herausforderungen beschlossen. Doch bevor die Printmedien die Chance haben, diese Entscheidung mit den entsprechenden Hintergrundinformationen zu versehen, springt die „Mobilisierungsmaschinerie“ in den Social Media-Gruppen an. Die Community „schaukelt“ sich innerhalb von Minuten hoch, und Stunden später demonstrieren die Landwirte von der Initiative „Land schafft Verbindung“. Am Ende gibt es nur Frustration, Enttäuschung und Verlierer. Der Berufsverband in Niedersachsen erklärt, dass man das Geld gar nicht wolle, und große Teile der Gesellschaft werden darin bestätigt, dass die Bauern ständig über Steuermittel gefördert werden. Mein Fazit: Ein Motto der Initiative LSV lautet: „Redet mit uns!“ Reden und Dialog haben in der analogen Welt definitiv eine andere Qualität, und Politik ist meines Erachtens gut beraten mehr zu reden, zu erklären und zu vermitteln. Das wird nur gelingen, wenn man sich nicht zum „Sklaven“ einer sich zunehmend schneller drehenden Informationstechnologie macht.



## Eine leistungsstarke und wohnortnahe Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum sicherstellen

**Walsrode.** „Der Mangel an Haus- und Fachärzten ist in ganz Niedersachsen akut. Kurzfristig wird eine Quotierung nicht dabei helfen, dies zu ändern. Langfristig wird dieses Steuerungselement aber den Ärztemangel gerade im ländlichen Raum lindern.

Als Niedersachsen-Union setzen wir auf ein ineinandergreifendes System, das Quereinstiege von Krankenhausärzten ermöglicht, Weiterbildungen verbessert und die Nachfolgeregelungen strukturierter steuert“, erklärt CDU-Landesvorsitzender Bernd Althusmann nach der Panel-Diskussion „Zukunft der ärztlichen Versorgung in Niedersachsen“.

An der Expertenrunde nahmen Wissenschaftsminister Björn Thümler, Dr. Marina Wenke, Präsidentin der Ärztekammer Niedersachsen, Dr. Uwe Lankenfeld vom Hausärzterverband und Volker Meyer, gesundheitspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, teil.



„Um eine hochwertige und wohnortnahe gesundheitliche Daseinsvorsorge in ganz Niedersachsen sicherzustellen, fordert die CDU in Niedersachsen die zeitnahe Umsetzung eines 7 Punkte umfassenden Maßnahmenpakets. Dies beinhaltet u.a. den Ausbau von Studienplätzen und die Verbesserung der Studienbedingungen, die Stärkung der Allgemeinmedizin in Aus- und Weiterbildung, die Attraktivitätssteigerung der Rahmenbedingungen für Haus- und Fachärzte im ländlichen Raum“, so Althusmann.

Darüber hinaus sei es zielführend, berufliche Vorqualifikationen, soziale Kompetenzen und ehrenamtliche Tätigkeiten sowie ein grundsätzliches Interesse an einer Tätigkeit im ländlichen Raum im Rahmen einer Schwerpunktsetzung im neuen Zulassungssystem zum Medizinstudium zusammenzuführen. Die Vielfalt der Kriterien erleichtere die Berücksichtigung individueller Lebensentwürfe und vermeide Ineffizienzen eines einzelnen, starren Kriteriums. „Die CDU in Niedersachsen setzt sich daher beim Zugang zum Medizinstudium für

eine Kriterienvielfalt ein, in der die Bereitschaft zur ärztlichen Tätigkeit im ländlichen Raum mitberücksichtigt wird. Die Quote allein wird den akuten Ärztemangel nicht lösen“, so der CDU-Landesvorsitzende.

## Meyer: Mitglieder der Pflegekammer bei Evaluation beteiligen – Vertretung der Pflegekräfte muss Vertrauen dieser genießen

**Hannover.** „Seit dem ich dem Landtag angehöre, hat uns ein Thema immer wieder stark beschäftigt: die Gestaltung der Pflege und der Pflegekammer in Niedersachsen“, erklärte Volker Meyer, gesundheitspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion während der heutigen Debatte zur Pflege im Landtag. Pflegende und Pflegebedürftige hätten hohe Erwartungen an die Pflege- und Gesundheitspolitik. Neben der Konzertierte Aktion Pflege auf Initiative der Regierungsfractionen habe besonders die Entwicklung der Pflegekammer die Diskussion geprägt.



„Der heute vorgelegte Gesetzentwurf der Opposition zur Pflegekammer setzt an der falschen Stelle an. Ich rate hier zu etwas mehr Geduld. Derzeit erfolgt eine Evaluation der Arbeit der Pflegekammer Niedersachsen, in der die Wirkung und die Organisation der Pflegekammer überprüft werden, so wie es CDU und SPD in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart haben“, so Meyer.

Auch der entstandene Protest würde in die Evaluation eingebunden werden: „Dem Vorschlag, durch eine qualifizierte Befragung aller Mitglieder der Pflegekammer diese einzubinden, können wir uns durchaus vorstellen. Daher bitte ich alle Beteiligten: Lassen sie uns gemeinsam den Weg der Evaluation der Pflegekammer bis Juni 2020 gehen, um dann zu entscheiden, wie unsere engagierten Pflegekräfte eine starke Vertretung bekommen können, die von ihnen gewollt ist und die auch ihr Vertrauen genießt“, so Meyer.

## Lechner: Ehrenamtliche schützen – Gesetzeslücken schließen – IP-Vorratsdatenspeicherung einführen

**Hannover.** „Niedersachsen ist das Land der Ehrenamtlichen. Jeder zweite über 14 Jahren ist bei uns ehrenamtlich aktiv. Diese Ehrenamtlichen tragen ganz wesentlich unser demokratisches Gemeinwohl. Umso perfider ist es, dass nun gerade diese Menschen vermehrt das Ziel von Hass und Hetze, vermehrt im Internet, werden“, so Sebastian Lechner, innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion.



„Ob Bürgermeister, Feuerwehrleute, Rettungssanitäter, Vereinsvorsitzende oder Menschen, die sich bei der Tafel engagieren. All diesen Menschen müssen wir den Rücken stärken und gemeinsam mit Ihnen zusammen Hass und Hetze entschlossen entgentreten“, so Lechner.

„Lücken im Strafgesetz, die Täter ausnutzen, müssen wir konsequent schließen. Neben der Erweiterung des § 188 StGB auf Kommunalpolitiker sollte dieser auch unter den Anwendungsbereich des Netzwerkdurchsetzungsgesetz gestellt werden“, so der Innenexperte.

Wenn darüber hinaus Täter der Meinung seien, sie könnten im Internet nicht identifiziert werden, dann müssten sie identifizierbar gemacht werden: „In Zeiten dynamischer IP-Adressierung brauchen wir mindestens eine IP-Vorratsdatenspeicherung, um damit auch zu einer Anschlusskennung zu kommen. Europa- und verfassungsrechtskonform, aber mit der nötigen Konsequenz“, so Lechner.

## Miesner: Regierungskoalition bringt grünen Wasserstoff auf den Weg – regulatorische Hemmnisse beseitigen

**Hannover.** CDU und SPD setzen bei der Energiewende auf den Einsatz von „grünem“ Wasserstoff und daraus erzeugte synthetische Kraftstoffe. In einem gemeinsamen Entschließungsantrag fordern die Regierungsfractionen, die für die Umwandlung und Speicherung regenerativen Stroms erforderliche Power-to-Gas-Technologie stärker zu fördern, die Lade-Infrastruktur auszubauen und regulatorische Hemmnisse auf Bundesebene zu beseitigen. „Wir in Niedersachsen haben den Windstrom bereits dort, wo er mittels Elektrolyse direkt in Wasserstoff umgewandelt und eingesetzt werden kann. Das Potential ist enorm. Wer klimafreundliche Energie will, der muss jetzt auch dafür eintreten, dass sektorenübergreifend gleiche Wettbewerbsbedingungen herrschen, also Abgaben und Umlagen gesenkt werden und eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung vorgenommen wird“, so Axel Miesner, Umweltextperte der CDU-Landtagsfraktion.



In seiner Rede wies Miesner auf die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten für Wasserstoff hin. Niedersächsische Unternehmen zeigten bereits, dass nicht nur Pkw- und Lkw-Antriebe dekarbonisiert werden könnten, auch die Stahlindustrie verfolge das Ziel, Kohlenstoff künftig durch Wasserstoff zu ersetzen. Aktuell sei diese Herstellungsmethode allerdings noch bis zu 45 Prozent teurer als die herkömmliche. Für Miesner sind das „im internationalen Vergleich natürlich Nachteile, die es durch eine kluge Förderpolitik auszugleichen gilt.“

## Schünemann: Mehr Befugnisse für den Verfassungsschutz – Umsetzung der Beschlüsse der Innenministerkonferenz

**Hannover.** „Auch nach der Verurteilung von Beate Zschäpe und der parlamentarischen Aufarbeitung bleibt noch vieles ungeklärt. Wir sind es den Opfern und deren Angehörigen schuldig, weiterhin alles zu tun, um die offenen Fragen zu beantworten“, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Uwe Schünemann in



der Landtagsdebatte zum NSU-Abschlussbericht. „Kein Zweifel, Zschäpe, Mundlos, Bönnhardt waren Täter. Es bleiben aber große Zweifel, ob sie allein gehandelt haben. Dies ist unerträglich für die Opfer und ihre Angehörigen“, so Schünemann.

Es habe große Versäumnisse bei den jahrelangen Ermittlungen gegeben. Trotz vorhandener Hinweise von Zeugen, die auf rechtsextremistische fremdenfeindliche Motive bei den Mordfällen hindeuteten, wurde in diese Richtung nie ernsthaft ermittelt.

„Weitreichende Konsequenzen und nachhaltige Maßnahmen bei allen Sicherheitsbehörden sind notwendig. Somit ist es wichtig, dass alle 47 Empfehlungen des Untersuchungsausschusses im Bundestag 1 zu 1 umgesetzt werden. Ferner hat sich die Innenministerkonferenz 2017 auf Mindestanforderungen für den Verfassungsschutz geeinigt. Auch diese Vorgaben sind in Niedersachsen 1 zu 1 umzusetzen“, so der Innenexperte. Vor dem Hintergrund des Mordes an Walter Lübcke und dem Anschlag auf die Synagoge in Halle müssten weitergehende Maßnahmen für die Arbeit der Justiz, der Polizei und der Demokratieförderung geprüft und ggf. unverzüglich umgesetzt werden.

„Wir benötigen mehr Befugnisse für den Verfassungsschutz, auch mit Blick auf neue Kommunikationsmöglichkeiten im Alltag. Stichworte sind hier die Quellen-TKÜ und die Online-Durchsuchung. Beide Instrumente müssen nach und nach in die Verfassungsschutzgesetze aller Länder und auch des Bundes eingearbeitet werden, so die Empfehlung der Innenministerkonferenz (IMK) im Dezember 2017 in Leipzig“, so Schünemann. Deshalb setze sich die CDU Fraktion mit Nachdruck für eine Umsetzung des IMK-Beschlusses ein. Es sei nicht zu erklären, warum Niedersachsen hier einen Sonderweg gehen soll.

## Althusmann: Wollen eine Landwirtschaft mit Zukunft – Bekenntnis zu unseren bäuerlichen Familienbetrieben

**Hannover.** „Der Schutz unseres Trinkwassers, Verbraucherschutz bei Lebensmitteln, ein besseres Tierwohl und der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen sind für uns alle wichtige Anliegen, die wir nur gemeinsam mit unseren Landwirten erreichen können“, so der CDU-Landesvorsitzende zum Beschluss des CDU-Landesvorstands, in dem ein klares Bekenntnis für unsere bäuerlichen Familienbetriebe beschlossen wurde.

„Die Familien auf unseren Bauernhöfen sichern seit Jahrhunderten die Ernährung von uns allen und sind Rückgrat der ländlichen Regionen in Niedersachsen“, so CDU-Landesvorsitzender Bernd Althusmann. Die Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft sei mit allen Bereichen Wirtschaftsmotor Nummer 1 im ländlichen Raum.



Die Kulturlandschaften wurden von Landwirten geschaffen und bis heute gepflegt.

Ihre Familien, ihre nachhaltige Lebensweise seien eine gesellschaftliche Säule in vielen Dörfern.



„Sie haben ein Recht auf Respekt und Anerkennung. Ein Recht auf Achtung ihres Eigentums. Ein Recht auf Vertrauen – von Politik und Gesellschaft. Daher bekennen wir uns zu unseren bäuerlichen Familienbetrieben. Unsere Landwirte haben ein Recht auf: faire Wettbewerbsbedingungen, Berechenbarkeit, Rechtssicherheit, Schutz des Eigentums, Entscheidungsfreiheit, Schonung landwirtschaftlicher Flächen und Planungssicherheit“, listet Althusmann die Forderungen der Niedersachsen-Union auf.

Als Beispiel für die die genannten Forderungen nannte der CDU-Landesvorsitzende die am Verursacherprinzip orientierte Binnendifferenzierung bei der Ausweisung der „Roten Gebiete“: „Besonders für diesen Teil der gerade geführten landwirtschaftlichen Debatte sind die genannten Forderungen sinnbildlich und zwingend geboten“, so Althusmann.

## Land schafft Zukunftsperspektiven für Stade

**Hannover.** Der Niedersächsische Landtag hat heute eine wichtige Entscheidung für die Zukunftsperspektiven der Klinik Dr. Hancken in Stade sowie der Stader Polizeiinspektion getätigt. Bereits seit mehreren Jahren besteht das Interesse der Klinik Dr. Hancken, sich am vorhandenen Standort weiterentwickeln zu können. Hierfür wird ein Grundstück benötigt, welches derzeit durch die Polizeiinspektion Stade genutzt wird und auf dem sich ein ehemaliges Gebäude des früheren Stader Krankenhauses befindet. In dem sogenannten „Schwesternwohnheim“ hat die Polizei heute verschiedene Bereiche und Sondereinheiten untergebracht. Nach langjährigen Abstimmungen und Verhandlungen ist es jetzt zu einer gemeinsamen Einigung zwischen dem Land Niedersachsen und der Klinik Dr. Hancken gekommen. Das Land beabsichtigt jetzt auf dem Gelände der Stader Polizeiinspektion einen Neubau zu errichten, der die verlorengehenden Räumlichkeiten durch den Verkauf des „Schwestern-wohnheimes“ ersetzt. Im Anschluss wird das Grundstück an die Klinik Dr. Hancken übertragen, um der weiter auf Wachstumskurs befindlichen Klinik im direkten Umfeld Erweiterungsmöglichkeiten zu bieten. Die Grundlage für diese wichtige Zukunftsperspektive für die Klinik aber auch die Stader Polizeiinspektion hat der Niedersächsische Landtag in seiner heutigen Plenarsitzung getroffen, indem das Parlament einstimmig dem Verkauf der Landesliegenschaft zugestimmt hat.



„Ich freue mich sehr über die Entscheidung des Niedersächsischen Landtages, vor allem aber darüber, dass die intensiven Verhandlungen der letzten Jahre jetzt zu einem guten Ergebnis geführt haben. Ich sehe den jetzt eingeschlagenen Weg als wirkliche Win-win-Situation. So wird die Stader Polizeiinspektion die Chance für neue und moderne Räumlichkeiten erhalten und die für unsere gesamte Region so wichtige Klinik Dr. Hancken erhält die Möglichkeit für die notwendigen Erweiterungen. Mein Dank gilt hier allen Beteiligten, die zu diesem Ergebnis

beigetragen haben. Ich freue mich sehr, dass der Niedersächsische Finanzminister für den Februar seinen Besuch in Stade in Aussicht gestellt hat, um die Situation vor Ort auch persönlich weiter erörtern zu können“, so der CDU-Landtagsabgeordnete Kai Seefried.

## Seefried: Kulturministerium fördert Hüller Medienwerkstatt in Drochtersen mit 21.300 Euro

Das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur (MWK) unterstützt 63 soziokulturelle Projekte in Niedersachsen mit insgesamt über 1,2 Millionen Euro. 676.000 Euro werden vom MWK direkt für 13 Modernisierungs- und Sanierungsvorhaben vergeben. Weitere rund 550.000 Euro Landesmittel stellt das MWK dem Landesverband Soziokultur in Niedersachsen e.V. (LV Soziokultur) für die Förderung soziokultureller Projekte und Strukturmaßnahmen zur Verfügung.



Der Landtagsabgeordnete Kai Seefried freut sich, dass auch die Hüller Medienwerkstatt in Drochtersen von dieser Förderung profitiert: „Das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur gewährt dem Verein einen Zuschuss in Höhe von 21.300 Euro für die Professionalisierung der Video- und Filmarbeit“. Das sei von hoher Bedeutung, denn Einrichtungen der Soziokultur eröffnen vielen Menschen einen Zugang zu Kunst und Kultur und leisten damit einen großen Beitrag zur kulturellen Vielfalt im Land. „Diese vielfältigen Angebote in Niedersachsen bieten den Menschen die Gelegenheit zum Austausch miteinander“, so Kai Seefried. Der LV Soziokultur stellt

insgesamt 350.000 Euro Landesmittel für soziokulturelle Projekte in Niedersachsen zur Verfügung. Die geförderten Projekte thematisieren unter anderem Fragen zur Erinnerungskultur, zum Konsumverhalten, zu neuen Wohnformen oder dem demografischen Wandel und schaffen Raum, sich künstlerisch auszuprobieren. Darüber hinaus profitieren Vereine von einer Strukturförderung in Höhe von rund 200.000 Euro. Damit werden sie unter anderem dabei unterstützt, sich personell für die Zukunft gut aufzustellen.

Anträge auf Projekt- und Strukturförderung für das zweite Halbjahr 2020 können bis zum 30. April 2020 beim Landesverband Soziokultur Niedersachsen e.V. gestellt werden. Anträge auf Investitionsförderung für 2021 können beim Niedersächsischen Ministerium für Wissenschaft und Kultur im Rahmen des Online-Antragsverfahrens bis zum 15. Oktober 2020 eingereicht werden. Sie erreichen das Portal unter folgendem Link: [https://www.kulturfoerderung.niedersachsen.de/soziokultur\\_investitionen/login.php](https://www.kulturfoerderung.niedersachsen.de/soziokultur_investitionen/login.php)

## Joumaah: Beratungsangebote aus den Augen der Kinder sehen – CDU und SPD ziehen Konsequenzen aus Lügde

**Hannover.** Vor einem Jahr erschütterte der Missbrauchsskandal in Lügde das Land Niedersachsen. „Die schrecklichen Ereignisse haben zum Teil schwerste Versäumnisse sichtbar werden lassen. Frühe Hinweise wurden von der Polizei und vom Hamelner Jugendamt ignoriert. Von konstruktiver Zusammenarbeit konnte keine Rede sein, und was noch schlimmer ist: Nachträglich sind sogar noch Akten manipuliert worden“, fasst die CDU-Landtagsabgeordnete Petra Joumaah den Fall zusammen. Mit einem 22 Punkte umfassenden Entschließungsantrag wollen CDU und SPD den Kinderschutz in Niedersachsen nun massiv verbessern und vor allem die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Träger und Stellen ausbauen – auch länderübergreifend. „Wir benötigen eine kritische Analyse der Schnittstellen und müssen dabei auch prüfen, wie die unterschiedlichen Zuständigkeiten für alle Kinder und Jugendlichen von 0 bis 18 Jahren optimiert werden können“, so Joumaah zur heutigen Einbringung. Ziel müsse eine verpflichtende Zusammenarbeit sein, die auch eine Kooperation von Kindergärten, Schulen, allen Beteiligten im Gesundheitswesen, der Jugendämter sowie der Ermittlungsbehörden beinhalte. „Diese muss so gestaltet werden, dass der Schutzauftrag zum Wohle der Kinder lückenlos erfüllt wird. Ein vernünftiger Datenaustausch ist dabei von großer Bedeutung.“ Darüber hinaus sei es dringend erforderlich, das vielfältige, aber teilweise unübersichtliche Angebot von Anlauf- und Beratungsstellen im Land systematisch zu bündeln und bekannt zu machen, damit den Hilfesuchenden ein niederschwelliges Angebot ermöglicht wird. „Wir müssen dabei unbedingt darauf achten, das Beratungsangebot mit den Augen der Kinder zu sehen. Ich denke da an ein Hilfstelefon oder die Möglichkeit, eine Whatsapp-Nachricht direkt an eine Helferin oder einen Helfer zu schicken“, so Joumaah abschließend.

## TERMINE KAI SEEFRIED

### 3. Februar

Klausurtagung des geschäftsf. Fraktionsvorstandes in Sehnde

### 4. Februar

Klausurtagung des Fraktionsvorstandes in Sehnde

### 5. Februar 11.00 Uhr

Besuch der Polizeiinspektion Stade

### 5. Februar 19.30 Uhr

Vorstandssitzung CDU Kreisverband Stade

### 6. Februar 17.30 Uhr

Neujahrsempfang des Wirtschaftsrates Niedersachsen

### 10. Februar 19.00 Uhr

50 Jahre Landesgruppe Niedersachsen in Berlin

### 11. Februar 19.00 Uhr

Veranstaltung „Politik im Pub“ in Zeven

### 20. Februar 14.00 Uhr

Norddeutsche Obstbautage in Jork

## TERMINE HELMUT DAMMANN-TAMKE

### 3. Februar

Klausurtagung des geschäftsf. Fraktionsvorstandes in Sehnde

### 4. Februar

Klausurtagung des Fraktionsvorstandes in Sehnde

### 7. Februar

Grünkohlessen CDU-Samtgemeindeverband Lühe

### 13. Februar

Jahresempfang Sparkasse Harburg-Buxtehude in Hamburg-Heimfeld

### 14. Februar

Treffen der agrarpolitischen Sprecher in Berlin

### 19. Februar

Veranstaltung zum Thema Landwirtschaft in Ohrensen

*Die hier dargestellten Termine sind nur eine kleine Auswahl der Termine der beiden Landtagsabgeordneten.*

## Politischer Aschermittwoch – Dieses Jahr ist alles anders

**Jork.** Der Politische Aschermittwoch vom CDU-Kreisverband Stade startete 2014 in einer beschaulichen Runde und entwickelte sich bis heute zu einer der größten Veranstaltungen des Kreisverbandes mit 200 bis 300 Gästen. „Daher freue ich mich besonders“, so Kai Seefried, Kreisvorsitzender und Generalsekretär der CDU in Niedersachsen, „dass nicht nur unsere Bundestagsabgeordneten Oliver Grundmann und der Parlamentarische Staatssekretär Enak Ferlemann, sowie unser Landtagsabgeordneter Helmut Dammann-Tamke teilnehmen, sondern dass wir als Festredner in diesem Jahr den Bundesminister der Gesundheit, **Jens Spahn MdB**, gewinnen konnten.“

Doch eine Besonderheit gibt es: den Termin! **Die Veranstaltung findet in diesem Jahr bereits als „Vorabend des Aschermittwochs“ am Dienstag, den 25. Februar, ab 18:30 Uhr**, im Fährhaus Kirschenland, Wisch 9 in Jork, statt. Für die musikalische Einstimmung sorgt das Himmelpfortener Blsorchester. Gäste sind herzlich willkommen. Weitere Informationen finden Sie auch unter [www.cdu-stade.de](http://www.cdu-stade.de). Anmeldungen werden gern per Mail an [veranstaltungen@cdu-stade.de](mailto:veranstaltungen@cdu-stade.de) oder per Telefon unter 04141/51860 entgegengenommen.



## IMPRESSUM

### Herausgeber:

Kai Seefried MdL  
Helmut Dammann-Tamke MdL

### Anschrift:

Wahlkreisbüro Stade  
Poststr. 34  
21682 Stade

### Kontakt

E-Mail: [mail@kai-seefried.de](mailto:mail@kai-seefried.de)  
E-Mail: [wahlkreisbuero@dammann-tamke.de](mailto:wahlkreisbuero@dammann-tamke.de)  
Telefon: 04141 - 7976488

**Möchten Sie die „Landtagspost“ per Email beziehen oder uns weiterempfehlen? Wir sind gerne für Sie erreichbar!**

### Weitere Infos:

[www.kai-seefried.de](http://www.kai-seefried.de) oder [www.dammann-tamke.de](http://www.dammann-tamke.de)